

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/36

Bonn, den 22. Februar 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:  
-----

Seite

Zeilen

1 - 2

De Gaulle ohne Rätsel

74

Die Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten

Von Günter Markscheffel

3

Zwischenakt in Genf

48

Atomsperrvertrag: Verhandlungen über Sachfragen aufgenommen

Von Pierre Simonitsch, Genf

4

Hamburgs erster Mann

51

Zum 70. Geburtstag von Bürgermeister Prof. Herbert Weichmann

Von Rudolf Stöbbe, Hamburg

5

Dreimal drei Jahre

49

Schicksal eines "Republikflüchtlings", der nicht aufgeben wollte

Von Helmut F. Bärwald

+ + +

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Bauneheldstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 2 19 01 / 3 19 • Redaktion 2 18 31 / 32 • Telex: 8 986 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

## De Gaulle ohne Rätsel

---

### Die Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten

G.M. - Der französische Staatspräsident hat mit seinen Erklärungen auf der großen Pressekonferenz am vergangenen Montag eine innen- und außenpolitische Operation eingeleitet, deren tatsächliche Bedeutung sich in den ersten Kommentaren nicht ganz widerspiegelt. Zwar hat de Gaulle den aufmerksamen Beobachtern seiner Politik nicht viel Neues gesagt, aber doch so viel, daß sie sich auf ein Mehrfront-Manöver der französischen Politik vorbereiten müssen.

Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß alle Bemerkungen de Gaulles zur Lockerung und Umwandlung des NATO-Bündnisses nicht nur an die Adresse Washingtons, sondern auch an diejenige Moskaus gerichtet wurden.

- \* Wenn Worte einen Sinn haben, dann bedeuten sie, an die Adresse
- \* Washingtons gerichtet: Macht mir ein Angebot, das mir erlaubt,
- \* im Bündnis zu bleiben, mir aber gleichzeitig die Entscheidungs-
- \* freiheit über die militärische auf Europa bezogene Planung ein-
- \* räumt. Und an die Adresse Moskaus: Seht, ich Sorge dafür, daß
- \* die Amerikaner aus Europa herauskomplimentiert werden.

Das Manöver ist nicht ungeschickt, denn es kommt auch der starken Kommunistischen Partei Frankreichs entgegen, die - auf einer Massenstimmung schwimmend - den Antiamerikanismus pflegt. Mit andern Worten: Die Bemerkungen de Gaulles zur Lockerung des NATO-Bündnisses nehmen den französischen Kommunisten und ihren innerpolitischen Satelliten einen erheblichen Teil ihres Windes bei den kommenden Wahlen zur Nationalversammlung aus den Segeln.

De Gaulle untermauert diese gleichermaßen innen- und außenpolitische Ausgangsposition für den Wahlkampf mit der Feststellung, die französische Währung sei noch nie so hart gewesen wie jetzt, Frankreich habe kaum noch Auslandsschulden, die Währungsreserven beliefen sich auf 5 Milliarden Dollar und Frankreich könne daher alle internationalen wirtschaftlichen und finanziellen Probleme erörtern, "ohne daß auf uns ein Druck ausgeübt werden kann".

Man muß diese letzte Bemerkung mit größter Aufmerksamkeit registrieren. Sie ist eine direkte Überleitung zu jenen Passagen seiner Erklärung, in denen der französische Staatspräsident zum Ausdruck

bringt, er befürworte jetzt Verhandlungen über die Intensivierung der EWG-Politik und über die politische Einigung Europas. Sicher wird sich der eine oder andere "Europäer" über diese Ankündigung freuen; man sollte aber nicht vergessen, daß de Gaulle diese Verhandlungen "in voller Unabhängigkeit" zu führen gedenkt und "ohne daß auf uns ein Druck ausgeübt werden kann"!

- \* In diesem Rahmen gestellt, gewinnen die Bemerkungen des französischen Staatspräsidenten über "ein unabhängiges und starkes Europa" größte Bedeutung. Ebenso wie de Gaulle vor einigen Jahren einmal sagte, er wolle "mit Chruschtschow als Europäer reden", so bereitet er sich jetzt auf seinen demnächst stattfindenden Moskau-Besuch darauf vor, dem Krenl eine europäische Zusammenarbeit anzubieten, bei der er für Westeuropa das entscheidende Wort zu sagen hätte und Moskau für den Osten Europas die Verantwortung übernehmen könnte.

Alles das setzt bei de Gaulle voraus, daß die Gemeinschaft der NATO gelockert, wenn nicht gar ganz aufgegeben wird und daß ein Europa der Sechs unter seiner Führung eine Art Brückenfunktion zum zweiten Pfeiler Europas, Moskau, einzunehmen hätte.

Für die praktische Politik im freien Teil Europas ergibt sich daraus die zwingende Notwendigkeit, daß die fünf Partner Frankreichs in der EWG nunmehr gemeinsam oder jeder für sich klären müssen, ob das Frankreich de Gaulles noch den bisher gültigen Begriff der atlantischen Partnerschaft seiner Politik zugrundelegt oder nicht. Damit in Zusammenhang stehen die Verhandlungen über die Kennedy-Runde und natürlich auch die Beratungen über eine weitere wirtschaftliche Integration im Rahmen der EWG, sowie das Verhältnis von EWG zu EFTA.

Die Beziehungen zwischen Bonn und Paris müssen durch die jetzt von de Gaulle dargelegten langfristigen Perspektiven seiner Politik nicht unbedingt schlechter werden. Es gibt zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland einige sehr konkrete nachbarliche Gemeinschaftsinteressen, die in aller Ruhe zu besprechen wären. Ob hierbei allerdings das berechtigte Sicherheitsbedürfnis der Bundesrepublik, das ohne Zweifel nur in Zusammenarbeit mit den USA und der übrigen freien Welt gewährleistet werden kann, Berücksichtigung finden wird, ist jetzt völlig offen. De Gaulle hat deutlich gesagt, er wolle die bisherige Gemeinschaftskonstruktion der Verteidigung ablösen. Daraus ergeben sich bestimmte Konsequenzen, die auch ein trotz seiner mehrfachen Gespräche mit de Gaulle so offensichtlich ahnungsloser Mann wie Bundeskanzler Erhard zu beachten haben wird. De Gaulle gibt im Augenblick keine Rätsel mehr auf.

Zwischenakt in Genf

Atomsperrvertrag: Verhandlungen über Sachfragen aufgenommen

Von Pierre Sikonitsch, Genf

Die Atomkräfte haben es durchgesetzt, daß die Abrüstungskonferenz ab dieser Woche in Verhandlungen über Sachfragen eintritt. Exklusivthema: Atomsperrvertrag (Nonproliferation). Einige blockfreie Staaten hatten sich bisher geweigert, die attraktive Generaldebatte abzubrechen, und es war zu kleinlichen Streitereien über Prozedurfragen gekommen. Den acht in 17-Nationen-Abrüstungsausschuß vertretenen Neutralen war es trotz mehrfacher Konsultation nicht gelungen, eine gemeinsame Verhandlungsposition auszuarbeiten.

Da wurde bekannt, daß die beiden Ko-Präsidenten der Konferenz - der US-Chefdelegierte Foster und sein sowjetischer Kollege Zarapkin - bei ihren privaten Zusammenkünften bereits den künftigen Verhandlungsmodus besprochen hätten. Die Neutralen verstanden; in der Sitzung am vergangenen Dienstag erklärten sich alle Delegationen auf Empfehlung der Ko-Präsidenten bereit, die fruchtlose Generaldebatte zu beenden.

Die Neutralen mußten befürchten, daß sich die beiden großen Nuklearmächte über ihren Kopf hinweg auf den Text eines Atomsperrvertrags einigen könnten. Um nicht überfahren zu werden, beeilten sich die Neutralen, in großen Linien ihre Verhandlungsbedingungen bekanntzugeben: Keine Unterschrift unter ein Nonproliferationsabkommen, das nur den nichtnuklearen Staaten Opfer abverlangt. Die Atomkräfte müssen verbindlich ihren Willen beweisen, den Rüstungswettlauf umzukehren.

Auf Sicherheitsgarantien im Sinne eines fremden Atomschirms dagegen legen die blockfreien Staaten wenig Wert. Sie sind sich der Fragwürdigkeit eines solchen Schutzes bewußt. Ein ziemlich günstiges Echo fand aber der Vorschlag Kossygin's, in das Vertragswerk einen Artikel einzubauen, wonach sich die Atomstaaten verpflichten, gegen nichtatomare Länder keine Kernwaffen aufzufahren. Obwohl die strategische Bedeutung einer solchen Verpflichtung gering ist, könnte sie dennoch dazu beitragen, in einer Reihe von blockfreien Ländern jene Kräfte einzudämmen, die auf die Ausrüstung mit Kernwaffen drängen.

Während längerer Zeit hatte es den Anschein, als ob das einzige ernstliche Hindernis für den Abschluß eines Atomsperrvertrages die dem Block nicht genehmen Pläne eines "nuclear sharing" innerhalb der NATO wären. In dieser Frage zeigt sich nun am Horizont eine Kompromißlösung: Die Bundesrepublik verzichtet auf einen physischen Mitbesitz am westlichen Kernwaffenarsenal und die Sowjetunion akzeptiert den NATO-Atomarschluß. Man hatte aber die Konstellation Osten-Westen-"Dritte Welt" falsch eingeschätzt. An der Entschiedenheit der Blockfreien, ihre Bedingungen aufrechtzuhalten, ist nicht zu zweifeln. Damit hat sich der Schwerpunkt der nunmehr begonnenen konkreten Verhandlungen von den NATO-Problemen auf die Probleme der durch keine Militärallianz geschützten Nichtatomstaaten verlagert.

Die Genfer Verhandlungen könnten nur die Basis eines allgemein annehmbaren Nonproliferationsabkommens schaffen; die politischen Entscheidungen müssen in den Hauptstädten getroffen werden, und zwar so rasch wie möglich. Der US-Abrüstungsdelegierte Foster hat sich nun zu Konsultationen nach Washington begeben, während der britische Abrüstungsminister Lord Chalfont seinen Premierminister Wilson nach Moskau begleitet.

### Hamburgs erster Mann

Zum 70. Geburtstag von Bürgermeister Prof. Herbert Weichmann

R.S. - Einen unpassenderen Termin für seinen siebenzigsten Geburtstag als diesen 23. Februar hätte sich Hamburgs Erster Bürgermeister Professor Dr. Herbert Weichmann kaum wählen können. Denn er findet an der Schwelle des Wahlkampfes für die neue Bürgerschaft statt, die am 27. März gewählt wird. Niemand in Hamburg bestreitet ernstlich, daß diese Wahl wieder einen von der SPD geführten Schatz bringen wird, und niemand zweifelt auch daran, daß der "Chef" dieser Landesregierung wieder Weichmann heißen wird. Denn obwohl Professor Weichmann dieses höchste Amt im Stadtstaat Hamburg erst knapp neun Monate inne hat, hält er die Regierungszügel so fest, entwickelt er so klare politische Zielsetzungen, als hätte er sein Leben lang nichts anderes getan als regiert.

Dabei hatte der Arztsohn aus dem schlesischen Liegnitz ursprünglich ganz andere Absichten. Aber da kam 1920 der Kapp-Putsch. Das war für den Jurastudenten Weichmann der Aufruf, politische Stellung zu beziehen. Weichmann wurde Sozialdemokrat. Den jungen Landrichter in Breslau holte sich Preußens Ministerpräsident Otto Braun 1927 ins Staatsministerium als persönlichen Referenten. Mit der Machtergreifung Hitlers brach dann eine hoffnungsvolle Beamtenkarriere ab.

Das unstete Leben eines deutschen Emigranten begann: Herbert Weichmann bewältigte es mit Zähigkeit. Zunächst Journalist in Paris, 1940 Flucht nach den USA. Dort beginnt er noch einmal ganz von vorne. Er studiert Betriebswissenschaft, macht sich dann als Wirtschaftsprüfer selbständig. In diesen Jahren lernt er Max Brauer kennen. Hamburgs erster sozialdemokratischer Nachkriegsbürgermeister braucht 1948 nicht lange zu überlegen, wem er das wichtige unabhängige Amt eines Präsidenten des Rechnungshofes anvertrauen soll. Herbert Weichmann bringt dafür alle Voraussetzungen mit. So kehrt Herbert Weichmann zurück nach Deutschland, nach Hamburg, das ihm zur neuen Heimat wird. (Schon nach den ersten Tagen sagt er bei einer Rundfahrt um die Alster mit dem Blick auf Hamburgs Türme zu seiner Frau: "Das ist meine Skyline, die von New York habe ich schon vergessen".) 1957 wird er zum Finanzsenator gewählt. Und als im Mai 1965 Bürgermeister Dr. Paul Nevermann aus persönlichen Gründen sein Amt zur Verfügung stellt, künden die Hamburger Professor Weichmann zum Amtsnachfolger.

Als Bürgermeister hat sich Weichmann rasch den Respekt und das Vertrauen der Hamburger erobert. Im siebten Jahrzehnt seines Lebens wird der sprüde Fachmann noch populär. Seine Mitbürger wissen längst, daß ihr erster Mann des Stadtstaates gern kocht und tischiert, und daß es für ihn keine schönere Erholung gibt, als Ferien in seiner Allgäuer Berghütte zu machen. Der temperamentvolle, nicht immer bequeme Politiker hat aber auch in seiner Frau, der Diplomvolkswirtin Dr. Elisabeth, einen prächtigen Mentor. Die Abgeordnete der Bürgerschaft und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände in der EWG ist als engagierte Politikerin und charmante Frau geradezu die ideale First Lady des Stadtstaates an der Elbe. An seiner Spitze mit Herbert Weichmann, dem Honorarprofessor der Universität Hamburg, dem international anerkannten Verwaltungs- und Finanzfachmann und seiner kosmopolitischen Gattin, hat Hamburg schon erreicht, was sich der Bürgermeister zum Ziel seiner Amtszeit gesetzt hat: die "Weltstadt Hamburg".

## Dreimal drei Jahre

---

Von Helmut F. Bärwald

Mit dankbarer Freude registrieren wir die Entlassung jedes einzelnen politischen Häftlings aus einer der vielen Strafanstalten in Mitteldeutschland. Doch über der Freude an den lichten Punkten in einem düsteren Bild dürfen wir die, die im Schatten stehen, nicht vergessen. Gemeint sind jene, die noch immer unschuldig und aus politischen Gründen hinter den Mauern sowjetzonaler Zuchthäuser vegetieren und jene, die zunächst aus der Haft entlassen, erneut das schwere Schicksal eines politischen Gefangenen zu tragen haben.

Der Leidensweg des heute 28 Jahre alten Fritz M. aus Ueckermünde in Mecklenburg ist ein beredtes Beispiel für das Schicksal derer, die durch tragische Verwicklungen immer wieder in die Fänge der SED-Justiz geraten und die, einmal aus politischer Haft entlassen, nicht wissen, wann sie erneut einer der vielen politischen Häftlinge in Mitteldeutschland sein werden.

Fritz M. kam 1945 mit seiner Mutter aus der Nähe von Danzig nach Ueckermünde. Das kommunistische Regime in Mitteldeutschland lehnte er ab. 1953 ging er deshalb in die Bundesrepublik. Hier arbeitete er fleißig und wollte schließlich seine Mutter zu sich holen. Diese jedoch konnte sich, des ständigen Uherziehens müde geworden, zu einem solchen Schritt nicht entschließen. Im Jahre 1958 bat sie ihren Sohn um einen Besuch. Er trauche, so schrieb sie ihm unter Hinweis auf Äußerungen des damaligen Zonen-Ministerpräsidenten Grotewohl, keine Strafe zu befürchten. Gutgläubig reiste Fritz M. noch im gleichen Jahr nach Mitteldeutschland. Sofort nach Überschreiten der Zonengrenze wurde er von Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes verhaftet. Kurze Zeit später wurde der damals Zwanzigjährige unter Hinweis auf Angaben, die er im Notaufnahmeverfahren gemacht hatte, wegen angeblicher "Spionage" zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

1961 aus der Haft entlassen, sollte er für den gleichen Staatssicherheitsdienst, der ihn ins Zuchthaus brachte, Arbeitskollegen bespitzeln. Fritz M. lehnte dieses Ansinnen entrüstet ab. Kurze Zeit später berichtete er unter Alkoholeinfluß einigen ehemaligen Schulkameraden von den in der Haft erlittenen Mißhandlungen, vom Elend der politischen Gefangenen, und er bezichtigte Grotewohl des Wortbruchs. Einer der Zuhörer denunzierte ihn; Fritz M. wurde zum zweiten Mal verhaftet und wegen "staatsgefährdender Hetze" zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt.

Im Dezember 1964 wurde er aus der Strafanstalt Brandenburg nach Ueckermünde entlassen. Mehrmals vorgetragene Wünsche um Entlassung in die Bundesrepublik wurden ignoriert. Mit dem Mut der Verzweiflung bereitete Fritz M. seine Flucht aus Mitteldeutschland vor. Doch der SSD bekam Wind davon; Fritz M. wurde nach nur einem halben Jahr scheinbarer Freiheit zum dritten Mal verhaftet und in Juni 1965 wegen "versuchter Republikflucht" erneut zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Er kehrte, wiederum als politischer Häftling, in die gleiche Strafanstalt zurück, aus der er nur wenige Monate zuvor entlassen worden war.

Dreimal drei - eine makabre Formel, die die vergangenen acht Jahre des politischen Häftlings Fritz M. bestimmte, und die für ihn dreimal drei Jahre Zuchthaus bedeutet. Ein Einzelfall? Leider nein!

+ + +